

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
„Tagblatthaus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassente: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postkassente: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht, M. 3.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. — Bezugs-Verstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Weinmarkt 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wfr. für deutsche Anzeigen; 50 Wfr. für auswärtige Anzeigen; M. 1.75 für deutsche Anzeigen; M. 2.00 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfällt der Nachschlag. — Anzeigen-Ausgabe: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Mittwoch, 9. April 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 159. • 67. Jahrgang.

Schuld im Kriege und am Kriege.

Es ist noch vollkommen unbekannt, wie der Staatsgerichtshof zur Untersuchung der Schuldfrage zusammengekehrt sein soll, welche Aufgaben im besonderen ihm zugewiesen werden sollen, ob er überhaupt den Namen eines Gerichtshofs verdienen oder ob er nicht vielleicht eine Art von Untersuchungskommission sein wird, auf den die Merkmale eines Gerichtshofs eigentlich nicht passen; denn zum Gerichtshof gehören Parteien, geborene Ankläger und Angeklagte, und wer wohl sollte jetzt und hier Angeklagter im wahren Wortsinne sein? Daran ist wohl nicht zu denken, daß etwa Ludendorff wirklich angeklagt wird, schuld an unserer Niederlage zu sein, sondern es wird sich bei seiner Vernehmung immer nur darum handeln, Tatsachen festzustellen, aus denen dann das politische und das geschichtliche Urteil ihre Schlußfolgerungen werden ziehen müssen, ohne daß jedoch ein beständiger Richter-spruch gefällt wird. Zunächst also wird man abwarten haben, was eigentlich unter dem Staatsgerichtshof und seinen Aufgaben zu denken sein soll. Auf alle Fälle wird er einer umfangreichen Rechtsbeistandsetzung zu dienen haben und diese Aufgabe auch wirklich erfüllen, er wird keine Grenzen für die Vernehmung von Staatsmännern, Heerführern und anderen an den Ereignissen entscheidend beteiligten Personen ziehen dürfen und ziehen wollen. Er wird nicht bloß die Herren v. Bethmann-Hollweg, v. Jagow, Zimmermann vernehmen müssen, sondern auch so intim mit den politischen Vorgängen verknüpfte Personen wie den früheren Chef des Reichswesens, Herrn Hamann. Der Staatsgerichtshof wird nicht bloß den Anteil Ludendorffs an den Ereignissen untersuchen, sondern sich namentlich auch um die Tätigkeit des Generals v. Falkenhayn äußerst gründlich zu kümmern haben. Eine vor kurzem erschienene kleine Schrift des Obersten Bayer unter dem Titel „Kommentar zum Krieg vermeiden, gewinnen, obdauern?“ enthält schätzenswertes Material über Herrn v. Falkenhayn, dem unmittelbar die Schuld am Beginn des Angriffs auf Verdun zugeschrieben wird. Es hat etwas Beklemmendes, etwas Lähmendes, wenn Oberst Bauer, Sachverständiger für die Artillerie- und Festungswesen im Generalstab und ständiger Abteilungschef im Großen Hauptquartier, von diesem Angriff auf Verdun erklärt, bei gleichzeitiger Ost- und Westfront angreife, und darum sei die Sache in so verhängnisvoller Weise mißlungen. Den Generalstabschef Molke kann man ja nicht mehr vor einen Staatsgerichtshof ziehen, aber was für Zustände waren das bei uns, wenn dieser Mann, den Oberst Bauer nervenstark und schwerleidend nennt, mit der ungeheuren Verantwortung belastet wurde, der er nicht gewachsen war? Seine Kräfte, so sagt der Verfasser, hätten nur gerade ausgereicht, um die vom Grafen Schlieffen entworfene, auf eine nichtschöne Weise hinführende, hinauskommandierende Anfangsoperation programmäßig ablaufen zu lassen. Sowie es an der Marne zu einem Rückschlag kam, habe sich Molkes Unfähigkeit offenbart. Aber der Staatsgerichtshof soll nach der Ansicht der Reichsregierung wohl nicht bloß die Einzelheiten der Kriegsführung wie auch unserer Diplomatie während des Krieges, sondern vornehmlich die Frage untersuchen, ob und inwieweit eine deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges nachgewiesen werden kann. Wir möchten den Anlaß dazu, um einiges aus der jüngsten ausgezeichneten Schrift von Walter Rathenau „Der Kaiser“ (Berlin, S. Fischer) anzuführen: „Was man“, so schreibt Rathenau, „bei einer gebührenden Festschreibung unterstellen, es müsse jemand schuld daran sein, vor dem Naturereignis empfand sich die Frage als das, was sie ist, als kindlich und kindisch. Ein entsetztes Europa, worin jeder Mensch jedes Menschen Feind war, jedes Volk jedes Volkes Feind, in absonderlicher, schamloser Selbstverständlichkeit; wo jeder, Mensch und Land, in tierischer Unselbstständigkeit nur gegenseitig und leben wollte, wenn der andere sich quälte und starb, wo alle Politik zugestandenemmaßen nur Wirtschaftspolitik war, nämlich plumper und dummdreister Versuch der Überwältigung oder Nützlichkeitspolitik, nämlich amüßiges Pochen auf Menschenüberschuß, Geld, Technik und Lebensgenüsse, wo die Begriffe der Vortrefflichkeit zur See, der Vortrefflichkeit zu Lande, der Vortrefflichkeit mit Augen, aufgelegt besprochen wurden, als ob es sich um ein Schweineauslegen und nicht um das todeswürdigste Verbrechen handelte. In diesem unglücklichen und nichtswürdigen Europa brach der Krieg am 1. August 1914 aus, schon vor Jahrzehnten war er außer Acht gelassen. Jeder, der einen Schimmer lebenden Gefühls hatte, mußte, daß der Krieg nicht drohte, sondern längst ausgebrochen war, daß die armen Weltbewohner wie Kinder waren, die zwischen Pulverfässern mit wichtiger Miene unerschrocken rauchten. Soll man nun den letzten Rest europäischer Bildung und Urteilskraft an die armselige Frage setzen: Hätte die jähbare Explosion noch einige Zeit hinausgeschoben werden können, wenn der und der das und das anders gemacht hätte? Dann werden Wände über das überzeitliche Ultimatum, die russischen Rüstungen, die Kriegserklärung an Serbien und die klaglichen Monarchendepeschen geschrien werden, Wände, die der Teufel leihen mag. Wenn es eine Schuld gibt, so ist es die Schuld des europäischen Gewissens. An ihr ist jeder beteiligt, der aus dem vorhandenen Weltbild der Konkurrenz und des Broteides Partei und Unterhalt geg. gerade zu sein glaubte, weil es ihm anging, und die Stimme nicht erhob, weil er sich fürchtete.“ So Rathenau. Das sind nicht Worte, die man kommentiert, man muß sie festhalten, sondern es sind erschütternde Wahrheiten, die kein fühlender, kein denkender Mensch anders als mit kummernem Neugefühl lesen kann.

Die Räterepublik Bayern.

Die vorläufige Liste der Volksbeauftragten.

München, 8. April. Am Sonntag war außer den Ministern Frauendorfer und Unterleitner kein Mitglied des bayerischen Ministeriums in München. Nach der „Abendzeit.“ besteht folgende vorläufige Liste von Volksbeauftragten: Außerer: Dr. Mühlen; Innerer: Segitz; Justiz: Dr. Boheim (Kommunist); Finanzen: Dr. Raffe (Unabh.); Handel: Simon (Unabh.); Sozialisierung (neu): Dr. Neurath; Kultusministerium: Rüdich; Landwirtschaft: Steiner; Verkehr: Frauendorfer; Militär: Schneppenhock; Volkswirtschaft (neu): Landauer (Unabh.); soziale Fürsorge: Unterleitner (Unabh.).

Die Stimmung im Lande.

München, 8. April. Wie die „Abendzeit.“ erfährt, sind bereits Berichte von den in das Land gesandten Rednern eingetroffen. Sie lauten dahin, daß die Stimmung für die Räterepublik nicht ungünstig sei, so weit es sich um die proletarischen Massen handelt. Nicht nur die Soldatenräte der Münchener Garnison haben sich einstimmig für die Räterepublik erklärt, sondern auch aus anderen großen Städten Bayerns kommen, nach der Erklärung eines Kommunisten, durch Rundsprüche Entschiedenheiten an, denen zufolge man sich auch in diesen Orten geschlossen hinter die Räterepublik stellt. Ebenso soll auch die Stimmung der Bauern und die Stimmung in den kleinen Städten — wenigstens nach den beim Zentralrat eingelaufenen Nachrichten — durchaus für die Räterepublik sein. Man hofft auf ein Zusammengehen mit Württemberg und den anderen süddeutschen Staaten. Die vom Obersten Epp geführten Freischaren, die an der bayerischen Grenze stehen, werden die Gewalttätigkeiten nach ihren Angaben nicht im geringsten. Auch ist es noch Bewaffnung des Proletariats und der Bildung einer roten Garde mit geringen Truppenmächten, etwas auszurichten. Jedenfalls bleibt es zweifelhaft, ob die Ausrufung der Räterepublik auch weiterhin unablässig verlaufen wird, oder ob ein furchtbares Blutvergießen eintritt.

Revolution der geistigen Arbeiter in Bayern.

München, 8. April. Der Zentralrat geistiger Arbeiter veröffentlicht durch die Korrespondenz Hoffmann einen Erlass, in dem es heißt: Die Studentenschaft der Universität München hat am Sonntagmittag in einer Versammlung des allgemeinen Studentenausschusses beschlossen, den bisherigen Senat als entbunden zu erklären und die Vertretung der Universität einem Studentenrat zu übertragen, dem ein Rätebeirat aus Universitätsprofessoren beigegeben wird. Die erste Revolution der geistigen Arbeiter ist in die Wege geleitet. Die Studentenschaft der Technischen Hochschule und der anderen Hochschulen in München, der Universitäten in Erlangen und Würzburg sind vom Zentralrat geistiger Arbeiter aufgefordert, in gleicher Weise vorzugehen.

Zur Frage der Arbeiterräte.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei in der rheinischen Landesversammlung hat sich mit der Frage der Einliederung der Arbeiterräte in die Verfassung beschäftigt. Als Antwort auf die geringe Klärung dieser Frage erhebt sich die Fraktion erwünscht, daß der Geschäftsführende Vorstand der Partei Richtlinien ausarbeitet, die für die Stellung der Partei in dieser Frage maßgebend sein sollen. In der Fraktion geht die Ansicht im allgemeinen dahin, daß die Arbeiterräte politisch und organisatorisch auszuscheiden sind und daß die Frage ihrer wirtschaftlichen Beteiligung noch der Klärung bedarf.

Kohlen des Streiks.

Die Kohlenmittel achten aus.

Berlin, 8. April. Die uns zum Anlauf von Lebensmitteln zur Verfügung stehenden Kohlenmittel reichen zunächst aus, um die vom Reich und garantierten 200 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Schweinefleisch zu kaufen. Auf Grund des Lebensmittelabkommens „und es ist jedoch frei, außerdem noch 100 000 Tonnen Lebensmittel hinzuzufügen, so wie weiter monatlich 370 000 Tonnen. Für die ersten 100 000 Tonnen fehlen uns aber bereits die Zahlungsmittel, so daß nur ein Teil hiervon geliefert werden konnte. Die weitere Versorgung Deutschlands hängt davon ab, daß Kohlenzahlungsmittel beschafft werden. Wenn die Kohlenförderung weiter steht und dadurch auch andere Zahlungsmittel in Form von Rohstoffen nicht beschafft werden können, so muß Deutschlands Ernährung zusammenbrechen, bevor die eigene Ernte und zur Verfügung steht. Die Lage ist äußerst besorgniserregend. Daraus kommt noch, daß der Einkauf von Lebensmitteln im freien Handel dadurch erschwert wird, daß infolge Geldmangels in neutralen Ländern Einkäufer auftauchen, die die Ware mit barem Geld bezahlen, während die Reichseinkäufer Kredite beanspruchen müssen.

Das Sowjet-Ungarn.

Bern, 8. April. Kürzlich aus Budapest angekommene Reisende erzählen, daß die Stadt von einer Anarchieschaft bedroht ist. Die Bewegung der Volkswirtschaft nimmt an Umfang zu und hat einen alarmierenden Charakter angenommen, da die Autorität von den Händen der ungarischen Kommunisten in die Hände der russischen Volkswirtschaft übergeht, welche täglich über die Grenze kommen. Die Presseorganisation der Volkswirtschaft hat die bür-

gerlichen Zeitungen unterdrückt. Die ungarische Armee wird mit Hilfe von deutschen Offizieren von Radensens ent-waffneten Truppen schleunigst mobilisiert. Die Regierung übernimmt alle Privatschulen und -Vereine und erklärt deren Land, Gebäude und Einrichtungen als Volkseigentum. Sie wird auch das Erziehungspersonal übernehmen, das sich jedoch der Politik und den Anordnungen des gegenwärtigen Regimes fügen muß.

Der rheinische Städtebund gegen die Abtrennung der Rheinprovinz.

Rhein, 8. April. Eine hier unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Stern (Bierfen) stattgehabte Vorstandssitzung des rheinischen Städtebundes erklärte sich in übereinstimmung mit der Rundgebung des rheinischen Provinzialausschusses einstimmig mit größter Entschiedenheit gegen die Abtrennung der Rheinprovinz oder einzelner ihrer Teile. Die Versammlung forderte die uneingeschränkte Aufrechterhaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Reichsregierung mit allen Mitteln derartigen Abtrennungsbestrebungen entgegentritt und ihren Standpunkt zur Geltung bringt.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Am Mittwoch, den 9. April, tritt das Plenum der Nationalversammlung wieder zusammen. An diesem Tage dürfte der Reichshaushaltsentwurf im Druck vorliegen und den Abgeordneten zugehen. Es wird damit gerechnet, daß Reichsfinanzminister Schiffer am Donnerstag seine Rede hält. Dann wird ein Tag freigegeben für die Fraktionen, um Stellung zum Etat zu nehmen. Tags darauf soll die erste Sitzung des Etats beginnen, die spätestens am Mittwoch der nächsten Woche, 16. April, dem Tag vor Gründonnerstag, enden dürfte. Die Osterpause dürfte etwa 14 Tage dauern. Beim Wiederbeginn der Verhandlungen nach Ostern wird sich die Nationalversammlung wahrscheinlich vor die Entscheidung über die allerwichtigste Frage gestellt sehen: vor das Ja oder Nein zum Friedensvertrag.

Die Lehrfreiheit im Verfassungsausschuß.

Weimar, 5. April. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung setzte gestern in seiner 22. Sitzung die Beratung über den Art. 31, Lehrfreiheit, fort. Abg. Dr. Quard (Sop.) sagte u. a.: Die Lehrfreiheit gilt in höchstem Umfang auch für die Frauen. Insbesondere müssen das Kollegat der Lehrerinnen und ihre Entlassung im Falle der Verheiratung fortfallen. Ferner ist die Schulpflicht, auch die für die Fortbildungsschulen, für Mädchen aller Schichten mit gemeint. Den Religionsunterricht wollen wir ordentlichen, jedoch nicht verbindlichen Lehrgegenstand sein lassen. Bei reinlicher Scheidung zwischen Schule und Kirche werden die Reibungen verschwinden. Wir haben die größten Bedenken gegen die allgemeine Zulassung der Privatschulen. Die Hochschulen sind Landesanstalten, nicht Reichsanstalten. Die Erhaltung der theologischen Fakultät kann daher der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. — Abg. Dr. Raumann (Dem.) befuhrwortete einen von ihm und seinen Freunden gestellten Antrag über die Regelung des Religionsunterrichts als ordentlichen Lehrgegenstand im Rahmen der Schulgesetzgebung in dem Sinne, daß der Unterricht in Abereinstimmung mit den Lehren und Sagen der betreffenden Religionsgemeinschaften erteilt wird. — Abg. Weiß (Dem. Partei) trat dafür ein, daß Lehrer zu Staatsbeamten erklärt werden. In der Verfassung müßten drei große Ziel-punkte festgelegt werden. Zunächst müsse ein gemeinsames Ziel für die Erziehung im gesamten Schulwesen gesetzt werden. Ferner müsse ein Mindestmaß von Leistungen erzielt werden durch Festsetzung der Schulpflicht, einschließlich der Fortbildungsschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Endlich müsse der Charakter der Einheitschule festgelegt werden, wenn auch dieser vieldeutige Ausdruck vermieden werden soll. Der Charakter der Einheitschule müsse aber dr-tin gekennzeichnet werden, daß das Mittel- und Hochschulwesen sich auf der gemeinsamen Grundlage der allgemeinen Volksschule aufbaue.

Keine Waffen an russische Gefangene.

Berlin, 6. April. Wie amtlich bekannt gemacht wird, ist es vorgekommen, daß sich in Urlaub befindliche russische Kriegsgefangene Waffen gekauft haben. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es allen russischen Kriegs-gefangenen verboten ist, in Deutschland Waffen zu kaufen. Alle beteiligten Stellen sind angewiesen worden, über die vom Urlaub zurückgekehrten russischen Kriegsgefangenen genau Kontrolle bezüglich des Vorhandenseins von Waffen auszuüben.

Der neue Oberpräsident von Brandenburg.

Berlin, 6. April. Der Bürgermeister von Charlottenburg, Dr. Adolf Maier, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg an Stelle des Herrn v. Adell ernannt worden.

Rücktritt des Münchener Oberbürgermeisters.

München, 6. April. Der Münchener Oberbürgermeister v. Borst hat sein Entlassungs- und Ruhestandsgeld eingereicht. Borst war seit 31 Jahren an der Spitze der städtischen Verwaltung tätig.

[illegible]

Schilde Stuten
mit Wien. Dandobolfaum.
u. Stiderei. Preis-
wert. angest. Modelle sowie
beide Stoffe vorrätig. Adr.
im Taub. Verlaß.

Maß-Korsetts
sowie am Reparieren in
noch annehmen.

Damenhüte

Tranf. Bug-Direktice
Edenplatz 9. 2.
Gde. Weichenburgstraße.

Glattwäsche

Büglarin

Friseur

Tätowierungen

Elektr. Vibrations-
Schönheits-Magelpflege

Elegante Nagelpflege.

Berghedenes

Geld

100 Mark

500 Mark

1500 Mk.

Stiller Teilhaber

Filatarbeit

Tüchtiger

Klavierspieler (in)

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Schlafzimmer

Wer beizt

Mädchen

Goldener strebl. Gastwirt

Piano oder kl. Flügel

Privatangestellter

Waschpulver

Alle kriegsbeschädigten Akademiker

Kuhl's Zahn-Atelier

Sprechstunden:

Freie Sprechstunde für Unbemittelte.

Kopfwaschen 1.50,

Umformen der Hüte

Lorenz Schmid, Hut-Fabrik

Thierbach, Friedrich-

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Jenny Matter, Bleichstr. 11. Tel. 3927.

Bilanz- und Bücher-Revisionen.

E. Thumann, Bücherrevisor,

Umpreßhüte

Umarbeiten von Seiden- u. Bortenhüten

Osterwunsch!

Landwirt

Handwerker,

Möblierer

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Wohnung

Kurhaus zu Wiesbaden.

Wohltätigkeitskonzert

(Bunter Abend)

Studentischen Volksunterrichtskursen für Wiesbaden u. Umgegend (E. V.)

Leitung: Herr cand. med. Ernst Pohle, Vorsitzender der St. V. U.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Eintrittspreise: Mk. 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 1.—.

Zum Osterputz!

K. A.-Seife

K. A.-Seifenpulver

Waschpasta

Sil. Soda

Seifen-

Geschäft Toni Roth

Walramstraße 23.

Prima Spinat

Pfund 50 Pf.

Roth, Karl-Friedr.-Str. 33.

Zeichen-Atelier

für Innenausbau u. Kunstgewerbe

Eigenart. Entwürfe für Großhandel u. Raumschmuck.

Uebernahme ganzer Wohnungseinrichtungen und

Villen sowie Ueberwachung der Ausführung.

Martin Stadtmüller, Innenarchitekt

Mainz, Fischtorplatz 18. Tel. 1945.

Weinsalon Maldaner

Marktstraße 34.

Gemüthliche Aufenthaltsräume.

Taglich geöffnet von 3-10 Uhr.

Weine erster Firmen.

Chausseehaus

empfehlen

Grosse und kleine Gesellschaftsräume.

- Tel. 3455. -

Abendzug nach Wiesbaden 7.30 Uhr.

Café Orient, Unter den Eichen.

Taglich nachmittags:

Künstler-Konzert.

Eintritt frei. Georges Richefort.

Zahnärzte!

Primus Rautsch

in beliebiger Weise, vom

Waldsee bei Wiesbaden.

Tabak u. Reinheitsmittel zu h.